



Queen auf Friedenskurs

Elisabeth II. besucht das heute noch vom Nordirlandkonflikt geprägte Belfast. Seite 3

Fotos: dpa/Aaron Mccracken (l.), imago/Behring (r.)

Unsicher für Asylsuchende

Die Bundesregierung will Flüchtlinge vom Balkan leichter abschieben. Seite 6

Früher war kein Lametta

Nie alt werden, niemals sterben. Die Popband Blondie trat zum ersten Mal seit zehn Jahren in Berlin auf. Auf der Bühne steht sie seit 40 Jahren. Seite 14



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 25. Juni 2014

69. Jahrgang/Nr. 145

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Müssen, wollen, wollen müssen

Markus Drescher über Arbeit und Armut im Alter

Nicht nur in Großstädten lässt sich jeden Tag einer der Pfeiler der Grundsicherung im Alter beobachten: Menschen, die offensichtlich das Renteneintrittsalter bereits seit einiger Zeit überschritten haben, suchen Mülltonnen und -container nach Pfandflaschen ab. Zynismus? Traurige Realität. Wenn die Rente nicht zum Leben reicht, müssen viele und im schlimmsten Fall zwangsweise in den Müll oder – wer dazu in der Lage ist – zu anderen Geldquellen greifen.

Minijobs etwa. Putzen gehen für Essen und Miete ist schon jetzt alles andere als eine Randerscheinung. Mit dem wachsenden Anteil älterer Menschen, deren Lohn, Beschäftigungszeiten und -arten nicht ausgereicht haben, um mit der Rente auskommen zu können, wird Arbeitenmüssen nach der Arbeit zur Normalität.

Dass unter den arbeitenden Rentnern auch solche sind, die es wollen ohne zu müssen – etwa um beschäftigt zu sein oder weil sie eine ausfüllende Aufgabe gefunden haben – steht außer Frage. Wer freiwillig möchte, der soll können.

Doch diejenigen aus Politik und Wirtschaft, die mit dem Hinweis auf diese Gruppe versuchen, das Problem der Altersarbeit aus Not kleinzureden, sollten sich darüber im Klaren sein, dass man sich eine älter und immer ärmer werdende Gesellschaft auf Dauer nicht leisten können wird. Über kurz oder lang müssen die Verhältnisse geändert werden wollen. Damit es eher kurz ist, braucht es Druck. Damit es auch solidarisch wird: Druck von links.

UNTEN LINKS

Die Erste Allgemeine Verunsicherung wird wohl Recht behalten: Das Böse ist tatsächlich immer und überall. Nehmen wir allein die News des gestrigen Tages. Nein, nicht die, dass die Koalition beim EEG-Gesetz pfuscht, Seehofer in Turbulenzen bei den Seinen gerät, die Altersarmut steigt oder überall in dieser Welt Menschen erschossen werden. Das Böse lauert an allen Ecken auf jeden von uns. Da werden einem Bergsteiger doch tatsächlich am Mont Blanc die Stiefel gestohlen. Bei Wolfgang Joop hatten die Diebe es gar aufs Hörgerät abgesehen. Ob beides demnächst meistbietend im Netz angeboten wird, muss abgewartet werden. Die entwundene Krankenakte von Michael Schumacher jedenfalls steht schon zum Verkauf. Und lässt sich aus Geh- und Hörhilfe oder medizinischem Befund letztlich doch keine Knete machen, kann man immer noch hoffen, alles in einem Container am Straßenrand wiederzufinden – wie die Akten des Berliner Flughafens. Es ist eben alles nur geklaut! oer

Der Osten hängt in den Seilen

Atlas der Industrialisierung: Folgen der Treuhandpolitik noch nicht überwunden



Kran der Leipziger Kirow Ardelt GmbH. Das ostdeutsche Unternehmen ist Weltmarktführer bei Eisenbahnkränen.

Foto: dpa/Jan Woitas

Berlin. Bereits kurz nach der Wende war klar, dass die Industriepolitik der Regierung Helmut Kohl (CDU) für die neuen Bundesländer – im Kern die Abwicklung bestehender Betriebe über die Treuhandanstalt – nicht aufgeht. Die Realität nicht länger ignorieren könnend, kündigte Kohl 1992 ein »Konzept zum Erhalt industrieller Kerne« an. »Er gibt sich Mühe«, lobte ein Gewerkschafter seinerzeit. Doch allen Konzepten und Mühen zum Trotz hinkt die Ost-Industrie ihrem Pendant in den alten Bundesländern hinterher. Hauptgründe dafür sind laut der Ostbeauftragten der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD), die Spätfolgen der deutschen

Teilung und der DDR-Planwirtschaft. »Die historischen Umbrüche sind bis in die Gegenwart sichtbar«, sagte die Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium am Dienstag bei der Vorstellung des »Atlas der Industrialisierung der neuen Bundesländer«. Auch die Treuhand habe Fehler gemacht, die bis heute nachwirken. Sie sieht jedoch eine positive Entwicklung: Die ostdeutsche Industrie hat demnach den Abstand zum Westen verkürzen können.

Der Rostocker Ökonom und Studienautor Gerald Braun sagte, es sei ein Problem, dass die Zentralen und Entwicklungsabteilungen der Konzerne fast alle in Westdeutschland lä-

gen. Zudem fehle es den neuen Bundesländern an einer unternehmerischen Kultur.

Die DDR-Wirtschaftspolitik als Hemmschuh für die industrielle Entwicklung Ostdeutschlands zu sehen, davor warnt jedoch der Soziologe Klaus-Peter Buss. Seine Studie belegt, dass die Kompetenzen, die sich DDR-Bürger und -Betriebe vor 1990 erarbeitet haben, einen Wettbewerbsvorteil darstellen. Demnach führt etwa die jahrelange Arbeit in Kollektiven dazu, dass die Zusammenarbeit in Gruppen den Ostdeutschen leichter von der Hand geht. Auch bescheinigt Buss vielen Ost-Betrieben ein hohes Maß an Flexibilität. grg Seite 16

Die Altersarmut ist sicher

Zahl der Minijobber über 65 stark gestiegen / Regierung plant mehr Geld für Grundsicherung im Alter ein

Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Zahl der Minijobber über 74 Jahre fast verdoppelt. Wissenschaftler fordern Maßnahmen bereits im Erwerbsleben.

Von Jörg Meyer

Immer mehr Menschen jenseits des gesetzlichen Rentenalters gehen arbeiten. Der größte Teil davon steckt in Minijobs. Nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) stieg die Zahl der über 65-Jährigen, die einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgingen, von 110 368 im Jahr 2003 auf 183 435 im Vorjahr. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten über 65 Jahre stieg im gleichen Zeitraum von 559 771 auf 829 173. Davon waren im vergangenen Jahr 136 920 MinijobberInnen über 74 Jahre alt.

Die BA hatte die Zahlen auf eine Anfrage der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linksfrak-

tion, Sabine Zimmermann, bekanntgegeben. »Der weitaus überwiegende Teil der älteren Menschen dürfte nicht zum Spaß und Zeitvertreib nach Erreichen des Rentenalters weiter arbeiten, sondern aus purer finanzieller Not«, sagte Zimmermann und erneuerte die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Im Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums, der am 4. Juli verabschiedet werden soll, sind 8,50 Euro vorgesehen.

»Die stark gestiegene Zahl an Minijobbern unter den Rentnern ist für mich ein deutlicher Hinweis auf die wachsende Altersarmut in Deutschland«, sagte Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK am Dienstag. Das Absinken des Rentenniveaus in den letzten Jahren gehe »nicht spurlos an der Lebenswirklichkeit der Rentner vorbei«, so Mascher.

Das Arbeitsministerium veröffentlichte auf eine Anfrage der Linksfraktion unterdessen Zahlen,

nach denen sich die Kosten für die Grundsicherung im Alter erhöhen werden – von 5,493 Milliarden Euro im laufenden Jahr bis 2018 auf 7,154 Milliarden Euro. Mit einem

Rentenkonzepte, die nur auf eine Mindestabsicherung abzielen, sind zu sehr »vom Ende her gedacht«.

»deutlichen Anstieg« der Altersarmut habe das aber wenig zu tun, sagte ein Sprecher der Nachrichtenagentur AFP. Ein Hauptgrund für die steigenden Kosten sei der demografische Wandel.

Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung teilte am Dienstag mit, zwar sei eine »langfristige Abschätzung von Einkommensrisiken im Alter« schwierig, bereits

jetzt zeichneten sich jedoch Risikogruppen ab: Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohnbeschäftigung in der Erwerbsbiografie schlagen im Ruhestand noch stärker zu Buche. Die gesetzliche Rente mache 64 Prozent des Bruttohaushaltseinkommens Älterer aus, insgesamt 90 Prozent bezögen eine gesetzliche Rente.

Der Sozialwissenschaftler Gerhard Bäcker hatte im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung kürzlich in einer Studie kritisiert, die Rentenkonzepte der Bundestagsparteien, die auf eine Mindestabsicherung zielen, seien »zu sehr vom Ende her gedacht«. Stattdessen müsse schon auf dem Arbeitsmarkt für eine später auskömmliche Rente gesorgt werden – und das heißt vernünftige Löhne. Sinke das Rentenniveau wie derzeit geplant bis 2030 auf 43 Prozent, so Bäcker, würde auch ein Mindestlohn von zehn Euro bei langer Vollzeitbeschäftigung in die Altersarmut führen.

Putin verzichtet auf Einmarsch in die Ukraine

Tote bei Hubschrauberabschuss / Steinmeier fordert OSZE-Aufsicht

Moskau. Nach Inkrafttreten einer Waffenruhe in der Ukraine bis Freitag, der sich Montagabend auch die prorussischen Milizen im Osten des Landes anschlossen, sieht Russlands Präsident Wladimir Putin vorerst keinen Grund für eine Militärintervention im Nachbarland. Putin habe den Föderationsrat aufgefordert, sein Mandat zu einer militärischen Intervention aufzuheben, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag in Moskau. Der Präsident habe den Beginn eines Dialogs in der Ukraine begrüßt. Die Gespräche zwischen Vertretern der Ukraine, Russlands, der OSZE und der »Volkswehr« im Osten seien ein wichtiges Signal. Trotz der Feuerpause wurde bei Slawjansk ein Armeehubschrauber Mi-8 von Rebellen abgeschossen, wie einer ihrer Sprecher in Donezk bestätigte. Gemeldet wurde der Tod von neun Soldaten.

Konkrete Schritte zur Entspannung forderte vor einem abendlichen Treffen mit Putin in Wien der Vorsitzende der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Didier Burkhalter erklärte, die OSZE könne gemeinsam mit russischen Vertretern die Waffenruhe in der Ostukraine kontrollieren. Dafür sprach sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) aus. Er verhandelte in Kiew über eine Krisenlösung. Agenturen/nd Seiten 4 und 7

Von Flüchtlingen besetzte Schule in Kreuzberg geräumt

900 Polizisten unterstützten Bezirksamt bei »Umzugsaktion«

Berlin. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat am Dienstag mit der Räumung der von Flüchtlingen besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule begonnen. Begleitet von mehreren Hundertschaften der Polizei forderten Mitarbeiter des Bezirksamts die Bewohner der seit November 2012 besetzten Schule auf, das Gebäude zu räumen und sich in neue Unterkünfte zu begeben. »Wir gehen friedlich von Tür zu Tür und verteilen Flugzettel, um die Menschen aufzufordern, die Schule zu verlassen«, sagte der Sprecher des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Sascha Langenbach. Bis zum Abend nahmen rund 100 Bewohner das Angebot an. Innensenator Frank Henkel (CDU) begrüßte die Räumung. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sei nun bereit, mit dem Senat an einem Strang zu ziehen, erklärte Henkel.

Rund 100 weitere Flüchtlinge weigerten sich jedoch, die Schule zu verlassen. Sie verbarrikierten sich auf dem Dach. Einige Besetzer drohten damit, sich selber zu verletzen oder gar die Schule anzuzünden. Der Flüchtlingsrat und der Republikanische Anwälteverein forderten einen sofortigen Abbruch der Räumung. Unterstützer der Flüchtlinge wollten noch am Abend in Kreuzberg auf die Straße gehen. mkr Seite 9

Lesen Sie heute im Ratgeber

Fragen & Antworten zur Reform der gesetzlichen Krankenkassen ab 1. Januar 2015

Verzögerung bei Auszahlung der Rente mit 63 und Mütterrente

Mietrecht: Endlich kommt die Mietpreisbremse

ISSN 0323-4940

